

International best practice? Innenstadtentwicklung in Kapstadt

Antje Nahnsen/Jan Wehrheim

In Cape Town, South Africa, as in nearly every other big city around the world, local authorities and business people increasingly emphasize and force up the production of security and cleanliness in order to make the inner city an attractive place for investors. As in Cape Town, these security strategies first and foremost target at the exclusion and control of the „black African other“, they can be interpreted as a hidden revitalisation of the policy of apartheid and therefore as an expression of a failed reconciliation policy of the different social groups as well as of the images of the „European“ and „African“ city.

Betrachtet man die Fülle wissenschaftlicher Publikationen aus Geographie, Stadtsoziologie oder Kriminologie, so ist der Eindruck kaum von der Hand zu weisen: Sicherheit resp. neue Formen sozialer Kontrolle sind raumstrukturierende Merkmale von Städten – und das weltweit. Wir wollen diese Tendenz im Folgenden am Beispiel der Innenstadtentwicklung von Kapstadt exemplarisch nachzeichnen. Zunächst soll jedoch ein cursorischer Blick auf die Gegenstände der globalen Diskussion dazu dienen, die dortige Entwicklung einordnen zu können.

Internationale Facetten städtischer Sicherheits- strukturierung

Ist von neuen Inszenierungen von Sicherheit in Städten die Rede, treten sehr unterschiedliche Phänomene nebeneinander (vgl. Wehrheim 2005): *Gated Communities*, geschlossene Wohnquartiere, sind das am stärksten wachsende Segment des us-amerikanischen Wohnungsmarkts, und gerade in den Megastädten der so genannten Dritten Welt wachsen *Gated Communities* oftmals in unmittelbarer Nachbarschaft zu den zumeist informellen Siedlungen der armen Bevölkerung. An Stadträndern bzw. als ganze „edge cities“ entstehen privat gesicherte Dienstleistungszentren und die Bewohner privater Siedlungen verbringen in ebenso privat gesicherten Shopping Malls ihre Freizeit. Zudem boomen die Branche der Sicherheitsdienste und der Handel mit entsprechenden Accessoires: Sicherheit ist einer der größten Wachstumsmärkte weltweit.

Die Stadtzentren werden mit einer Unzahl von Überwachungskameras ausgestattet. Großbritannien ist hier Vorreiter: Allein in London sollen es schon 2,5 Millionen sein, und die Einführung entsprechender Techniken steht in unzähligen Städten der Welt auf der Agenda der Kommunal- und Innenpolitik. Spe-

zielle Sicherheits- und Ordnungsgesetze wiederum stellen immer neue Handlungen unter Strafe und substraftrechtliche Partikularnormen in den de jure privaten Räumen sind Versuche, Verhalten in spezifischen Räumen zu normieren. Polizeikonzepte die sich an Zero-Tolerance-Gedanken orientieren und laut Kunz besser „kein Pardon, für Nichts und wieder Nichts“ (2004: 373) heißen sollten, haben Konjunktur. Sie sollen solche, neu kodifizierten Normen durchsetzen und erfreuen sich großer Aufmerksamkeit. Von überall her pilgerten Politiker und Polizeirepräsentanten nach New York, um sich über den Ursprung dieses Trends zu informieren. Umgekehrt tourte auch sein „Erfinder“ William Bratton selbst um die Welt.

Dieses hier nur angedeutete Bündel von Maßnahmen und Trends wird zunehmend als „international best practice“ begriffen. Doch sind die neuen urbanen Sicherheitspolitiken in New York, Jakarta, Monaco, Sao Paulo, Newcastle und norddeutschen Kleinstädten wirklich miteinander gleichzusetzen? Wo liegen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Ausgestaltung und in den gesellschaftlichen Hintergründen?

Unterschiede

Es lassen sich eine Vielzahl von Unterschieden benennen. Die wichtigsten sind sicherlich Differenzen in der Sozialstruktur der jeweiligen Städte sowie in den kulturellen und politischen Kontexten, in die entsprechende Maßnahmen implantiert werden. Zwei Aspekte sollen hier angerissen werden – ein grundsätzlicher und ein exemplarischer:

a) *Kriminalität ist eine soziale Konstruktion.*

Ob soziales Handeln als kriminell definiert wird, ist abhängig von dem situativen Kontext, in den eine Handlung verortet ist, und von den strafrechtlichen Normen, die im jeweilig zeitlichen (aktuelle Gültigkeit) und räumlichen (Nationalstaat, Stadt, Ort, ...) Kontext vorliegen. Obwohl gleiche oder ähnliche Nor-

men, die auch kleinere „incivilities“ im öffentlichen Raum unter Strafe stellen, weltweit in Städten zu finden sind, unterscheiden sich die statistisch registrierten Normverstöße doch enorm und auch die Anzahl kriminalisierbarer Handlungen (einen „objektiven Kern“ der Handlungen unterstellt, vgl. Schetsche 1996) unterscheidet sich deutlich. Handlungen, die in New York nicht als abweichend definiert oder toleriert werden, stehen in Stuttgart unter Strafe. Handlungen, die in Brunsbüttel für Aufsehen sorgen würden, finden in den zentralen Zonen von Bogotá keine Beachtung, obwohl sie möglicherweise in beiden Städten verboten sind.

b) Immobilienmärkte sind unterschiedlich stark durch Marktmechanismen geprägt, Stadtentwicklung variiert mit dem Einfluss der Stadtplanung: Die enorme Nachfrage etwa nach Gated Communities in den USA ist nicht nur mit Sicherheitsbedürfnissen oder Prestige- und Distinktionsgewinnen zu begründen, die exklusiv anmutende Siedlungen mit Toren symbolisieren. Das Angebot umzäunter, privater Siedlungen ist inzwischen schlicht größer als das Angebot an nicht umzäunten, nicht privaten Siedlungen, und erstere sind inzwischen oft günstiger zu erwerben. In Sao Paulo hingegen, so Caldeira (1996), steht eher das mit dem US-amerikanischen Vorbild verbundene Prestige im Vordergrund, man will sich am Modell Los Angeles orientieren. Zudem gibt es eine hohe Nachfrage nach Sicherheit. Deshalb sind „condominios fechados“ die vorherrschende Option. Ganz andere Motive dominieren wiederum in Saudi Arabien, wo Gated Communities als Enklaven für Angestellte internationaler Unternehmen dienen und vor allem zwei Kulturkreise von einander trennen sollen, während private Quartiere im Libanon in erster Linie die normale Infrastruktureinrichtungen wie Wasser, Strom und Straßen sicherstellen, die in öffentlichen Quartieren nicht immer garantiert sind. In der West Bank hingegen oder in Jakarta sind eingezäunte Siedlungen nicht zuletzt auch in der Furcht vor Anschlägen begründet.

Gemeinsamkeiten

Zugleich lassen sich aber auch Gemeinsamkeiten benennen, die gerade deshalb bedeutsam sind, weil sie trotz enormer sozialer, politischer und städtebaulicher Unterschiede bestehen. Auch hier sollen zwei Aspekte skizziert werden:

a) Kriminalitätsfurcht und das Reden über Kriminalität. Normabweichungen dienen Gesellschaften dazu, sich über gemeinsame Normen zu verständigen. Im Reden über Kriminalität findet eine Verständigung darüber statt, was als gut und richtig anzusehen ist und was nicht. Eine Gesellschaft ohne Abweichungen kann es jedoch nicht geben, Sensibilitäten verändern sich, neue Normen produzieren neue Abweichungen und umgekehrt: „Man stelle sich eine Gesellschaft von Heiligen vor, ein vollkommenes und musterhaftes Kloster. Verbrechen im eigentlichen Sinne des Wortes werden hier freilich unbekannt sein; dagegen werden dem Durchschnittsmenschen verzeihlich erscheinende Vergehen dasselbe Ärgernis erregen wie sonst gewöhnliche Verbrechen in einem gewöhnlichen Gewissen“ (Durkheim 1974: 5). Gerade wenn Handlungen als bedrohlich wahrgenommen werden,

ziehen Verbote meist neue Verbote nach sich, denn Sicherheit kann es schließlich nie genug geben. Zero-Tolerance-Ansätze beschleunigen eine solche Dynamik, indem sie kleinere Abweichungen als direkte oder indirekte Ursachen für größere ansehen. Edelman zufolge (1988: 177) schaffen allerdings „bedauerliche Verhältnisse“ auch „günstige Gelegenheiten“: Als Kriminalität definierte Handlungen und insbesondere die Furcht, Opfer solcher Handlungen zu werden, dienen in der ökonomischen Dimension auch dazu, Märkte – etwa der Sicherheitsbranche selber oder im Immobiliensektor – zu fördern, und in der politischen Dimension dazu, einen „Herrschaftssicherungsmehrwert“ (Peters 2004) zu erwirtschaften. Der politische Slogan „die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen“ ist berechtigt, in seiner populären, verkürzten Form bleibt allerdings ausgeklammert, woher die Ängste stammen. Das u.a. von Boers (1995) beschriebene „Kriminalitäts-Furcht-Paradox“, also der fehlende Zusammenhang zwischen der Viktimisierungswahrscheinlichkeit und der Furcht vor Viktimisierung, dürfte für Kapstadt genauso gelten wie für Washington oder Ravensbrück.

Die Thematisierung von Kriminalität und die Inszenierung innerer Sicherheit sind allerdings ubiquitäre Erscheinungen in den Groß- und Kleinstädten der Welt, und überall scheint das Reden über Kriminalität zugleich ein Reden über Fremdheit zu sein: „Fear of crime is fear of strangers“ (Lofland 1998). In der Figur des Fremden vereinigen sich die Ängste der Einzelnen vor dem Verlust der Selbstkontrolle, vor dem Unbekannten und Andersartigen, vor Kritik an den eigenen Normen und täglichen Routinen, vor sozialem Wandel und anderen „Zivilisationsmustern“ (Schütz 1972) als den eigenen. Bauman (1997) spricht zudem von der Diskrepanz zwischen dem, was man über eine Situation im öffentlichen Raum der Stadt wissen müsste, um sie kontrollieren zu können und dem, was man tatsächlich weiß. Hintergrund ist das Großstadt konstituierende Merkmal des Kontakts von Fremden. Große Städte sind damit prinzipiell verunsichernd. Diese Verunsicherungen werden jedoch als Kriminalitätsfurcht diskutiert. Maßnahmen formeller sozialer Kontrolle können sie aber nicht aus der Welt schaffen, ohne damit Großstadt selbst, als dichte und heterogene Siedlungsform in Frage zu stellen.

Nirgends wird dieser Zusammenhang zwischen Fremdheit und Kriminalitätsfurcht wohl augenscheinlicher als in der Transformationsstadt Kapstadt: Der Kriminalitätsdiskurs ist ein Diskurs, der von Ängsten vor einer Veränderung des Lebensraums Stadt in Folge der gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse seit dem Ende der Apartheid gekennzeichnet ist.

b) Damit sind schon die wesentlichen Akteure städtischer Sicherheitspolitik benannt: Zum einen Politiker, die Interesse haben, wieder gewählt zu werden und zum anderen Akteure aus der Wirtschaft, die Sicherheit als weichen Standortfaktor benennen, die den Sicherheitsmarkt direkt bedienen oder die Gefühle von Sicherheit als Voraussetzung für ausgiebigen Konsum ansehen. In der Allianz dieser Akteursgruppen wird an die derzeitige hegemoniale Ideologie

des Neoliberalismus angeknüpft: 'economy first' beschreibt nicht mehr nur das genuine Interesse der Wirtschaft, sondern diese Idee dominiert auch die Politik des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Public-Private-Partnerships und die Implementierung von Business Improvement Districts (BIDs) sind ein gutes Beispiel dafür, wie sich eine Dominanz der Ökonomie bei der Stadtentwicklung herausbildet. Insbesondere letztere Aspekte lassen sich auch an der Entwicklung der Kapstädter Innenstadt ablesen.

Zum Beispiel Kapstadt

Sicherheit und soziale Kontrolle waren schon immer zentrale Bestandteile städtischer Politik und Planung in Südafrika. Wie viele Autoren beschrieben haben, lässt sich die Entwicklungsgeschichte von Kapstadt, der 'mother city' der weißen südafrikanischen Nation, sich nicht nur als Ausdruck eines Machtdiskurses charakterisieren, der zur Durchsetzung und Legitimation der politischen, kulturellen und ökonomischen Hegemonie der weißen Minderheit diente, sondern auch als ein Ausdruck historischer Ängste vor Verschmutzung, Invasion und Auslöschung durch das unzivilisierte, barbarische und bedrohliche schwarze, afrikanische 'Andere' (vgl. Adam 1969; Ashforth 1990, Robins 1999; Western 1981). Städtische Politik zur Zeit der Kolonial- und Apartheidregierung kann damit als kontinuierlicher Versuch interpretiert werden, über die politische, soziokulturelle und symbolische Produktion der Stadt als westliche, moderne Stadt einerseits, und über die Politik der sozialen und räumlichen Rassentrennung andererseits, Sicherheit für die weiße Minderheit herzustellen.

Nach Ende der Apartheid ist die soziale und räumliche Integration der Städte ein zentraler Schwerpunkt der neuen demokratischen Regierung, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene: Städte werden nun – im traditionellen Verständnis einer europäischen Stadt (vgl. Siebel 2004) – als potentielle Orte der Integration verstanden, als Plattformen für das Aushandeln und die Erfahrung einer neuen demokratischen Gesellschaft. Mit dem „Integrated Development Plan“ von 1998 und dem „Municipal Spatial Development Framework“ von 1999 hat die Kapstädter Stadtregierung Strategien

entwickelt, deren explizites Ziel es ist, ethnische/rassistische Segregation aufzuheben und die fragmentierte Stadtbevölkerung und -landschaft in eine kompakte Stadt „that works for all“ zu integrieren. Diese Strategien zielen vor allem auf Wohnungsbau, Armutsbekämpfung und Umverteilung, um die Diskrepanzen in den Lebensbedingungen armer und reicher Bevölkerungsgruppen zu verringern und eine integrative und demokratische Stadtgesellschaft aufzubauen.

Parallel zu diesem Entwicklungsdiskurs hat sich seit 1999 jedoch ein weiterer stadtpolitischer Diskurs durchgesetzt, nämlich der des „New Urban Managements“, der sich zunächst nur auf Kapstadts Innenstadt bezog, in darauf folgenden Jahren aber auch in Geschäftszentren in weiteren, während der Apartheid exklusiv weißen Stadtteilen implementiert wurde.

Kurz nach den ersten Kommunalwahlen 1996, die den African National Congress (ANC) zur Regierungspartei des Stadtbezirks Kapstadt machte, stand die Innenstadt im Fokus der lokalen Berichterstattung. Angeprangert wurde ein dramatischer Verfallsprozess des öffentlichen Raumes. Dieser wurde als Ausdruck der Schwäche des neuen Staates und als Resultat des Zusammenbruchs des Polizeiapparats ebenso wie von Ordnungs- und Sauberkeitsstandards interpretiert. Im Mittelpunkt des Aufschreis standen, wie in anderen Städten auch, Straßenkinder und Obdachlose, aber vor allem informelle Händler und Parkwächter, die seit der Aufhebung der strikten Apartheidsgesetze zunehmend in der Innenstadt und auf Bürgersteigen informellen Handel betreiben oder Besuchern ein paar südafrikanische Rand für das Einweisen in Parkbuchten und das Bewachen der Fahrzeuge abnehmen. In den Beschwerden der Grundstücksbesitzer und Geschäftsleute über Straßenkinder, informelle Händler und Parkwächter spielt die Angst vor Kriminalität eine zentrale Rolle. Immer wieder wird eine kausale Verbindung zwischen den genannten informellen Aktivitäten und Kriminalität hergestellt. Um sich über „international best practices“ im Umgang mit innerstädtischem Verfall zu informieren, entsandte die Stadtregierung eine Delegation nach New York (USA) und Coventry (GB). Als Folge wurden ab 1999 nach und nach eine Reihe von neuen Instrumenten und Gesetzen eingeführt, die sich in Form und Charakter nur wenig von internationalen Beispielen städtischer Sicherheitspolitik unterscheiden. Zu diesen Instrumenten gehören:

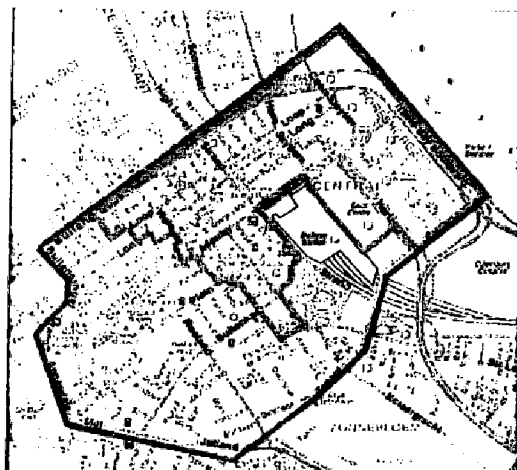
- die Etablierung der *Cape Town Partnership*, einer Public Private Partnership zwischen der Stadtbezirksregierung Kapstadt, der Kapstädter Metropolregierung sowie lokaler Geschäftsleute, repräsentiert durch den Grundstückseigentümerverein SAPOA und die „Central City Improvement District Association“, ein Zusammenschluss lokaler Geschäftsleute.
- die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Bildung von „City Improvement Districts“ (den oben genannten BIDs entsprechend) erlaubt, sowie die Einführung des „Central City Improvement Districts“
- die Verschärfung der städtischen Ordnungspolitik, die sich „zero tolerance“ auf die Fahnen schreibt. Sie beinhaltet vor allem eine höhere Anzahl und Sichtbarkeit von städtischen und privaten Ordnungshütern

CID_cleansing team



sowie Straßenpatrouillen und konzentriert sich vor allem auf die Überwachung städtischer Ordnungsgesetze

- die Einführung eines Kameraüberwachungssystems in der gesamten Innenstadt
- die Einführung neuer Regulationen von informellen Aktivitäten: die gesamte Innenstadt wurde wie schon zur Zeit der Apartheid zu einer Verbotszone für informelle Händler erklärt, so dass informeller Handel nur noch an speziell ausgewiesenen Plätzen erlaubt ist und die Anzahl dieser Händler in der Innenstadt von etwa 600 auf 300 reduziert wurde. Die Aktivitäten der informellen Parkwächter wurden, vor allem durch die Einführung einer neuen Technologie zum Zahlen von Parkgebühren komplett eingeschränkt.



Alle Bestandteile dieses „New Urban Managements“ konzentrieren sich auf die Wiederherstellung von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit, die in der Argumentation der Stadtregierung sowie der Cape Town Partnership die globale Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Kapstadt ermöglichen sollen und damit als zentral für das Gelingen von Armutsbekämpfung und Entwicklung betrachtet werden. Vor dem Hintergrund hoher Raten registrierter Kriminalität in Südafrika ist 'Sicherheit' ein leicht nachvollziehbares Argument. Allerdings ist Kapstadts Innenstadt im Vergleich zu anderen Stadtteilen weitestgehend von gewaltförmigen Konflikten verschont - diese finden v.a. in den Wohngebieten der armen Bevölkerung statt (vgl. ISS 1998). Zudem entbehrt der diskursiv hergestellte Zusammenhang von informellen Aktivitäten und Kriminalität laut Aussagen der innerstädtischen Patrol Unit jeglicher empirischen Basis. Eine Analyse des „New Urban Managements“ zeigt, dass der Diskurs über den innerstädtischen Verfall vielmehr als ein Ausdruck fehlender Versöhnung auf zwei miteinander verwobenen Ebenen interpretiert werden kann (vgl. Nahnsen 2006): Erstens fehlt Versöhnung auf der Ebene des alltäglichen Denkens, Fühlens und Handelns der Bevölkerung der Stadt, die über Jahrhunderte die Furcht vor den „Anderen“ erlernt hat, und zweitens fehlt Versöhnung über die Identität Kapstadts als europäische oder afrikanische Stadt.

Südafrikas politische Transformation scheint ein Vakuum zwischen dem neuen 'offiziellen' politischen und sozialen Diskurs einer nicht-rassistischen Gesellschaftsordnung einerseits und der alltäglichen Erfahrung und dem Handeln der Bevölkerung andererseits hervorgerufen zu haben. Kapstadts Innenstadt war lange Zeit das Symbol für die (Re-)Produktion weißer und europäischer Kultur und Macht in Afrika. Nach dem Ende der Apartheid haben zuvor ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen diesen Raum erobert und sich ihn entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse angeeignet. Die Abschaffung der Apartheidsgesetze hat der weißen Bevölkerung die politischen und moralischen Mittel genommen, ihre Beziehungen mit der schwarzen und farbigen Bevölkerung nach dem alten Muster auszuhandeln. Die Aggression und Entrüstung der weißen Geschäftsleute über informelle Händler und Parkwächter kann als Missrepräsentation unversöhnter Ängste vor dem schwarzen, afrikanischen „Anderen“ verstanden werden: alte rassistische Ängste werden heute als Ängste vor Verunreinigung und Kriminalität ausgedrückt (vgl. Bhaba 1985; Hogget 1992; Klein

1960). Zudem haben Autoren wie Jacobs (1996), Ruddick (1990) oder Sandercock (1998) gezeigt, dass städtische Räume eine wesentliche Rolle in der Produktion und (Re-)Produktion sozialer Identitäten spielen. Eine positive Identifikation mit städtischen Räumen ist notwendig, um ein Gefühl von sozialer Sicherheit und Heimat zu ermöglichen. Die informellen Händler, Parkwächter, Straßenkinder und Obdachlosen haben das Gesicht der Innenstadt entscheidend verändert. Ihr größtes 'Verbrechen' ist dabei wohl ihr Verstoß gegen die Grundordnung des modernen, europäischen Stadtkonzepts, das durch die strikte Trennung und Zuordnung von öffentlichen und privaten Räumen und Tätigkeiten gekennzeichnet ist. Diese Trennung kann als zentral im europäischen Zivilisierungsprozess verstanden werden, in dem alle Bedürfnisse der Reproduktion, insbesondere alle körperlichen Bedürfnisse wie Schlafen, Waschen, Essen und persönliche Hygiene mehr und mehr der privaten Sphäre zugeordnet wurden (vgl. Goehle 1997; Kaviraj 1997; Sennett 1976). Informelle Händler, Parkwächter und Obdachlose verletzen diese strikte Ordnung - und genau das ruft die Empörung der Geschäftsleute hervor: Informelle Händler arbeiten auf den Bürgersteigen, die doch zum Flanieren und Cappuccino trinken gedacht sind, und die Obdachlosen erledigen körperliche Bedürfnisse auf der Straße, die doch jede „zivilisierte“ Person zu Hause erledigt. Auch hier sind die Parallelen zu europäischen Städten offenkundig (vgl. Siebel/Wehrheim 2003: 5). Damit ist es nicht nur die Präsenz der zuvor Ausgeschlossenen in der Innenstadt, sondern deren Neuinterpretation und Umdefinierung des öffentlichen Raums, die Empörung, Angst und Widerstand hervorruft. Der Verlust des „europäischen Charakters“ des innerstädtischen Raumes in Kapstadt steht symbolisch für die Angst vor dem Verlust einer Heimat der weißen Bevölkerung in Südafrika.

Der Angst wird begegnet mit Anstrengungen zur Kontrolle und Regulierung von städtischen Räumen und informellen Aktivitäten. Neue symbolische, rechtliche und institutionelle Mauern werden errichtet, wo sie entsprechend oben genannter politischer Entwicklungsstrategien zur Demokratisierung und sozialräumlichen Integration Kapstadts eigentlich abgebaut werden sollten. Die Logik und Technologie von „Rasse“ als legitimierendes Argument

Antje Nahnsen

Dr., Dipl. Ing. Stadt- und Regionalplanung, freiberufliche Trainerin und Beraterin für Aktionsforschung, Wirkungsbeobachtung und Evaluierung im Bereich ziviler Friedens- und Entwicklungsarbeit in Südafrika.

Jan Wehrheim

Dr., Dipl. Sozialwirt/ Dipl. Entwicklungspolitologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Arbeitsgruppen Stadtforschung und Devianz, Institut für Soziologie, Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

für Segregation werden abgelöst von der Logik und Technologie der inneren Sicherheit und des vermarkteten Images der Stadt. Die Praxis des Integrationsdiskurses scheint zu schwach zu sein, um sich der Dominanz des „New Urban Managements“ entgegenzustellen. Die Schwäche liegt jedoch nicht z.B. in einer fehlenden Institutionalisierung, sondern vor allem im Fortbestehen emotionaler Spaltungen sowie fehlender Versöhnung in Bezug auf Bilder und Konzepte einer „guten“ Stadt, die in einer Post-Konflikt-Gesellschaft wie Südafrika Voraussetzung einer städtischen Integrationspolitik zu sein hätte.

Städtische Entwicklungsstrategien wie z.B. der „Municipal Spatial Development Framework“ mit seinem Fokus auf materielle Umverteilung müssen zwar als entscheidende Voraussetzung für eine solche Versöhnung der südafrikanischen Gesellschaft verstanden werden, jedoch scheinen sie im Hinblick auf die gewünschte sozialräumliche Integration der Stadt schon bald an ihre Grenzen zu stoßen. Zum einen basieren sie auf einem rein rationalen Denken über den städtischen Raum und menschlichen Handelns in ihm, das die Macht oben beschriebener emotionaler Dynamiken unterschätzt. Zum anderen soll mit dem diskriminierenden Charakter städtischer Planung während der Apartheid zwar grundsätzlich gebrochen werden, der neue Ansatz zur Integration beinhaltet aber vor allem die Ausweitung von sozialen und ökonomischen Ressourcen auf bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Dabei werden jedoch weder das westliche noch das kapitalistische Konzept der Stadt zur Diskussion gestellt. Die Praxis des „New Urban Management“ steht damit nicht im Widerspruch zur räumlichen Entwicklungs- und Integrationsstrategie der Stadt, sondern ist eine logische Konsequenz in Zeiten globaler ökonomischer Umstrukturierungsprozesse, in denen Städte eine neue Rolle in nationalen und internationalen Ökonomien spielen (vgl. Boyer 1992; Ronneberger et al 1999; Soja 1995; Zukin 1995).

Dabei ermöglicht das Argument der globalen Wettbewerbsfähigkeit lokalen, weißen Grundstückseigentümern, die Transformation und Neudefinition innerstädtischen Raums zu verhindern, denn globale Wettbewerbsfähigkeit heißt „first world standards“ zu sichern. Der Bezugspunkt für lokale Politik sind somit nicht afrikanische Städte mit ähnlichen sozioökonomischen Strukturen, sondern Städte der so genannten ersten Welt. Rassistisch legitimierte Kontrolle und Segregation scheinen so sukzessiv durch ökonomisch legitimierte abgelöst zu werden.

Fazit

Kapstadt zeigt sich damit zugleich als typisches und untypisches Beispiel einer globalen Sicherheitsstrukturierung von Stadt.

Untypisch ist es insbesondere aufgrund der südafrikanischen Geschichte der Apartheid. Im Unterschied etwa zu den in den USA, wo Rassismus sozialräumliche Segregationsprozesse eher latent geprägt hat (wie es Massey und Denton (1993) in „American Apartheid“ beschreiben), war dieser hier unmittelbar konstitutiv für die Strukturierung von Städten. Mit dem Ende der politischen Apartheid sind gerade die Städte einerseits zu Orten geworden, an denen Konflikte direkt auf einander treffen. Es sind neue, bislang ausgeklammerte Konkurrenz auf die Bühne der Stadt getreten: Bisher diskriminierte Bevölkerungsgruppen können sich neue Räume aneignen, sie eigenständig interpretieren und emotional besetzen. Sie formulieren aber auch Forderungen und haben eigene, zunächst sehr basale ökonomische Interessen – nämlich im informellen Sektor ihren Lebensunterhalt zu sichern. Damit sind die Städte andererseits auch die Orte geworden, an denen eine Politik der Versöhnung alltäglich und unmittelbar stattfindet bzw. stattfinden muss. Versöhnung wird damit auch zu einem Auftrag der Stadtpolitik und -planung (vgl. Nahnsen 2006): Ein konzeptioneller Ansatzpunkt hierfür wäre ein erweitertes Verständnis von Stadt, das neben der politischen, ökonomischen und sozialen Produktion auch die emotionale Produktion der Stadt und ihrer Räume berücksichtigt. Eine städtische Politik der Versöhnung würde Städte als Orte der Projektion kollektiver Bedürfnisse und Ängste verstehen und damit als Orte, die in ihrer materiellen und symbolischen Produktion Sicherheit für soziale und kulturelle Identitäten erfahrbar machen. Eine solche Politik wird nicht nur in Post-Konflikt-Gesellschaften wie Kapstadt von zentraler Bedeutung sein, sondern in allen weltweit zunehmend multikulturellen „globalen“ Städten, in denen eine Vielzahl unterschiedlicher Bedürfnisse, Ängste und Vorstellungen der „guten Stadt“ miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Ein typisches Beispiel der „international best practice“ ist Kapstadt hingegen aufgrund der diskursiven Verknüpfung von Ökonomie und Kriminalität sowie aufgrund der Folgen der Sicherheitspolitik.

Der Verweis auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kapstädter Innenstadt bzw. eine von den Geschäftsleuten gebetsmühlenartig vorgetragene ökonomische Notwendigkeit, Kriminalität bzw. mit ihr assoziierte Erscheinungen einzudämmen, sind die zentralen Argumente für zunehmende Überwachung und Privatisierungstendenzen. Dabei werden informelle Kleinsthändler und Dienstleister als Sündenböcke für vielmehr klassische strukturelle Probleme der Innenstädte missbraucht: geringe Parkmöglichkeiten, Konkurrenz der Innenstadt mit Shopping Malls auf der Grünen Wiese, fehlende Lebendigkeit nach Geschäftsschluss aufgrund zu geringen Wohnungsbestandes in den zentralen Quartieren etc. Die Ökonomisierung steht sich selbst im Wege und die Ökonomie scheint als Schutzschild der weißen Bevölkerung zu dienen, eine symbolische und emotionale

Grabage Bins in St. Georges Mall



Aneignung städtischer Räume durch die schwarze und farbige Bevölkerung zu verhindern. Das (afrikanische) „Andere“, das prinzipiell verunsichernde Fremde soll mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit ausgeklammert werden. Die Strategie des „New Urban Managements“ erscheint damit weniger als Folge eines vermeintlichen Sachzwangs Globalisierung sondern entpuppt sich als politische Entscheidung, bei der auch der ANC der Rhetorik und den entsprechenden Lobbyorganisationen folgt.

Diese Rhetorik der Globalisierung, der überbordenden Kriminalität und der ökonomischen Notwendigkeiten wie sie weltweit zu vernehmen ist, überdeckt dabei die lokalen Besonderheiten, die die Hintergründe für spezifische urbane Probleme bilden und an denen eine Lösung ansetzen müsste. In Kapstadt ist es die Schwierigkeit der Transformation einer rassistisch gespaltenen Stadt in eine multikulturelle, die afrikanische mit europäischen Traditionen zu versöhnen weiß oder sie zumindest gleichberechtigt nebeneinander akzeptiert. Mit den so genannten „best practices“ wird im Ergebnis eher wieder an ethnischer Segregation angeknüpft und soziale und kulturelle Gruppen räumlich von einander getrennt. Die wesentliche Folge der neuen urbanen Sicherheitspolitiken scheint die soziale und kulturelle Homogenisierung von Räumen zu sein. Fremdheit als urbanes Element wird zunehmend ausgeblendet. Segregation ist das Mittel Ordnung zu schaffen und die angedeuteten neuen Kontrollformen sind die Mittel, Segregation zu überhöhen bzw. aufrechtzuerhalten. Die damit verbundene Reduktion von Fremdheit in den jeweiligen Räumen konterkariert nicht nur den in der europäischen Stadt verankerten Gedanken, Städte, als Orte, in denen der „Kontakt mit Fremden wahrscheinlich ist“ (Sennett), würden gerade daraus ihr fortschrittliches, emanzipatorisches Potential entfalten können. Gleichzeitig widerspricht die Reduktion von Fremdheit dem politischen Ziel der Integration einer vormals gespaltenen Stadt.

Literatur

Adam, Heribert (1969): Südafrika. Soziologie einer Rassengesellschaft; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Ashforth, Adam (1990): The Politics of Official Discourse in Twentieth Century South Africa; Clarendon Press, Oxford

Bauman, Zygmunt (1997): Flaneure, Spieler und Touristen. Hamburg: Hamburger Edition

Bhabha, Homi (1985): Signs taken for Wonders: Questions of Ambivalence and Authority under a Tree outside Delhi, May 1817; in: Critical Inquiry 12, Autumn, pp. 144-165

Boers, Klaus (1995): Ravensburg ist nicht Washington. In: Neue Kriminalpolitik Nr. 1, S. 16-21

Boyer, M. Christine (1992): Cities For Sale: Merchandising History at South Street Seaport, in: Sorkin, M. 1992, pp. 181-204

Caldeira, Teresa (1996): Fortified Enclaves: The New Urban Segregation. In: Public Culture, 8, S.303-328

Curkheim, Émile (1974) 1895: Kriminalität als normales Phänomen. In: Sack, Fritz/König, René (Hg.): Kriminalsoziologie. Frankfurt/Main.

Delmann, Murray (1988): Erzeugung und Verwendung sozialer Probleme. In: Journal für Sozialforschung, 28, 2, S.175-192

Göle, N. (1997): The Gendered Nature of the Public Sphere, in: Public Culture 10 (1), p. 61-81

Hoggett, Paul (1992): A Place For Experience: A Psychoanalytic Perspective on Boundary, Identity and Culture; in Environment and Planning D: Society and Space, 1992, Volume 10, pp. 345-356

Jacobs, Jane M. (1996): The Edge of Empire. Postcolonialism and the City; Routledge, New York

Judin, Hilton / Vladislavic, Ivan (1999): Blank – Architecture, Apartheid and After; Nai Publishers Rotterdam

Kaviraj, Sudipta (1997): Fiith and the Public Sphere: Concepts and Practices about Space in Calcutta, in: Public Culture 10 (1), p. 83-113

Klein, Melanie (1960): Our Adult World and Its Roots in Infancy; Tavistock Pamphlet 2, London

Kunz, Karl-Ludwig (2004): Kriminologie. 4. Aufl., Bern, Stuttgart, Wien: UTB

Lofland, Lyn (1998): The public realm. Exploring the City's Quintessential Social Territory. New York

Massey, Douglas S./Denton, Nancy A. (1993): American Apartheid. Cambridge u.a.: Harvard University Press

Nahnsen, Antje (2006): Emergency on Planet Cape Town? Competing Discourses and Practices of Desire and Fear in a Post-apartheid City; BIS Verlag, Oldenburg (im Druck)

Peters, Helge (2004): Kühler Umgang oder Dramatisierung? In: Pilgram, Arno/Prittwitz, Cornelius (Hg.): Kriminologie als Akteurin und Kritikerin gesellschaftlicher Entwicklung. Jahrbuch Rechts- und Kriminalsoziologie. Baden-Baden: Nomos, S. 181-188

Robins, Steven (1999): Bodies Out Of Place: Crossroads and the Landscapes of Exclusion; in Judin, H. et al (eds.) 1999, pp. 457-470

Ronneberger, Klaus/Lanz, Stephan/Jahn, Walter (1999): Die Stadt als Beute; Dietz Taschenbuch, Bonn

Ruddick, Susan 1996: Constructing Difference in Public Spaces: Race, Class, And Gender as Interlocking Systems, in: Urban Geography 1996, 17, 2, pp. 132-151

Sandercock, Leonie (ed.) (1998): Making the Invisible Visible. A Multicultural Planning History; University of California Press, Berkeley, Los Angeles, London

Schetsche, Michael (1996): Die Karriere sozialer Probleme. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Schütz, Alfred (1972): Der Fremde. In: Schütz, Alfred: Gesamte Aufsätze II, Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag

Sennett, Richard 1976 (1992): The Fall of the Public Man; Norton, New York

Siebel, Walter (2004): Einleitung: Die europäische Stadt. In: ders. (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.11-49.

Siebel, Walter/Wehrheim, Jan (2003): Öffentlichkeit und Privatheit in der überwachten Stadt. In: DISP Nr. 153, S.4-13.

Soja, Edward W. (1995): Heterologies: A Remembrance of Other Spaces in the Citadel-LA, in: Watson et al 1995, p. 13-34

Sorkin, Michael (ed.) 1992: Variations on A Theme Park. The New American City and the End of Public Space; The Noonday Press, New York

Wehrheim, Jan (2005): Die überwachte Stadt. 2., überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Opladen: Verlag Barbara Budrich (im Druck).

Western, John (1981): Outcast Cape Town; Human&Rousseau, Cape Town

Zukin, Sharon (1995): The Cultures of Cities; Blackwell Publishers, New York